

Berichte zum 1. Mai 1975 in der BRD

Die Zusammenfassung und Bedeutung der diesjährigen Veranstaltungen zum 1. Mai werden wir in einem Artikel über den DGB-Kongreß zusammenhängend in der nächsten Ausgabe der Arbeiterpolitik veröffentlichen.

Hamburg

„Und daß die Leute endlich einmal aufhören, die Parteibeamten – ihre eigenen Diener – mit den ewigen Glacéhandschuhen anzufassen und vor ihnen – wie vor unfehlbaren Bürokraten – gehorsamst, statt kritisch dazustehen, ist auch nicht nötig.“ (Engels an Kautsky)

Zum 1. Mai war vom DGB-Hamburg eine Demonstration organisiert worden, die wie im vergangenen Jahr vom Haselbrookbahnhof zur Kundgebung vor dem Gewerkschaftshaus am Legienplatz führte. Die Demonstration fand unter stärkerer Beteiligung auch älterer Kollegen als im Vorjahr statt und war insgesamt weniger durch das Auftreten linker Gruppen bestimmt. Die „Morgenpost“ spricht von ca. 25 000 Teilnehmern an Demonstration und Kundgebung, „Abendblatt“ und „Welt“ sogar von 40 000.

In den Gewerkschaften, in denen es noch ein gewisses gewerkschaftliches Leben gibt, wie in der IG Druck und Papier, war die Beteiligung stärker. Aber es kam auch von den IG Druck-Mitgliedern nur ein Teil derer, der noch im Januar an der Gewerkschaftsdemonstration gegen die zunehmenden Entlassungen im graphischen Gewerbe teilgenommen hatte. Diese Arbeiter und Angestellten verbinden mit dem 1. Mai noch nicht wieder das Eintreten für die eigene Sache. Daß in

Gesprächen unter Arbeitern am Sammelpunkt die Frage aufkam, wieso denn die Gewerkschaftsführung nicht wie früher an der Spitze des Demonstrationzugs mitmarschiere, zeigt, daß ein Teil der Mitglieder es als die Pflicht der Gewerkschaftsfunktionäre ansieht, an der Gewerkschaftsdemonstration teilzunehmen. Denn aus diesen Gründen hatte z. B. die Gewerkschaftsführung der IG Druck und Papier bei der Demonstration gegen die Entlassungen im graphischen Gewerbe den Zug anführen müssen.

Als Vertreter der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie sprachen der IGM-Vorsitzende Loderer und Finanzminister Apel. Hatte Willy Brandt als Redner auf der letzten Mai-Kundgebung noch stärkere Unterstützung gefunden, so blieben die Ansprachen von Bürgermeister Klose, von Apel und Loderer bei den Teilnehmern ohne erkennbare Wirkung. Lediglich dort, wo gegen „linke Chaoten“ zu Felde gezogen wurde, bekamen die Redner von der „Mauer“, die schon vor Eintreffen des Demonstrationzugs den Platz vor der Rednertribüne einnahm, spärlichen Beifall.

Das Aufreißen dieses Gegensatzes und das Ablenken von den anstehenden Problemen wurde ihnen – wie schon im letzten Jahr – durch das Auftreten der linken Gruppen erleichtert. Störungen bei der Rede Apels waren schon vorher in Flugblättern angekündigt worden. Damit, wie auch in ihrem vorzeitigen Abmarsch, iso-

lieren sie sich von denen, mit denen die anstehenden Probleme gemeinsam gelöst werden müssen. Sie tragen ungewollt dazu bei, die Kräfte zu unterstützen, die ein Interesse daran haben, den Graben zwischen den Arbeitern zu vertiefen und zu verhindern, daß der Kommunismus wieder Wurzeln in der Arbeiterschaft der Bundesrepublik faßt.

Am Ende der Rede Apels zogen verschiedene linke Gruppen vom Kundgebungsplatz ab zu ihren eigenen Mai-Abschlußkundgebungen. In Aufrufen war vom kommunistischen Bund eine Aktionseinheit von über 80 Organisationen, Gruppen, Gremien und Vertretungen angekündigt worden, von denen das Vorgehen unterstützt wurde. Der tatsächliche Verlauf dieser Kundgebung zeigte, daß der KB weitgehend unter sich blieb und derartige Versuche von „Aktionseinheit“ nur Gedankenkonstruktionen sind, die die Kräfteverhältnisse nicht ändern. Bei den eigenen Mitgliedern werden damit Illusionen über angeblich vorhandene Bereitschaft und Kraft erzeugt. Auf die Jugendlichen in den linken Gruppen, die von den offiziellen Parteien und Gewerkschaften enttäuscht sind, haben diese alternativen Kundgebungen zunächst gefühlsmäßig Anziehungskraft. Aber Aufgabe von Kommunisten ist es, diesen Jugendlichen vor allem eine politische Basis zu geben, damit sie in den kommenden Auseinandersetzungen einen Halt haben.



Der Kern aller Reden auf der DGB-Kundgebung war, Versprechungen zu machen und Illusionen und Optimismus über die wirtschaftliche Entwicklung zu verbreiten, um der aufkeimenden Unruhe entgegenzuwirken. Loderer sagte, die Zeichen für eine Wiedererlangung der Vollbeschäftigung seien gesetzt, indem das größte Konjunkturprogramm der Nachkriegszeit verabschiedet worden sei. Ebenso Apel: „Inzwischen verzeichnen wir einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Der Aufschwung ist in Sicht... Das Konjunkturprogramm ist in der Durchführung und zeigt seine positiven Wirkungen. Die Bundesbank hat die Zinsen gesenkt. Die Nachfrage in unserem Lande wächst. Die weltweite Konjunkturabkühlung wird bald ihrem Ende entgegengehen.“

Die wirklichen Probleme und Schwierigkeiten, vor denen die Werktätigen stehen bzw., die sie auf sich zukommen sehen, werden mit radikalklingenden Redensarten vertuscht: Die Regierung habe alles für einen Wirtschaftsaufschwung getan und außerdem existiere ein umfangreiches System der sozialen Sicherung. Verschwiegen wurde am 1. Mai z. B., daß dieser Aufschwung – **wenn er kommen sollte** – für ca. 800 000 (laut Regierungsschätzung) keinen Arbeitsplatz bringt, da diese Arbeitsplätze „wegstrukturiert“ wurden.

Auch Loderer als Vertreter der Gewerkschaftsführung, selbst Mitglied im Aufsichtsrat des VW-Konzerns, sprach nicht über die Massenentlassungen bei VW, der andauernden und steigenden Kurzarbeit im Automobilbau, der Elektroindustrie und dem Maschinenbau, sondern vom Programm der Bundesregierung zur Ankurbelung der Wirtschaft.

Um zu beschwichtigen, wurde von Apel angeführt, daß die BRD im Vergleich zu anderen westeuropäischen Staaten gut dastehe. Die Ursachen für die wirtschaftliche Entwicklung sind nicht in unterlassenen oder falschen Maßnahmen der Regierung zu suchen, wie es die CDU aus Gründen der Wahlpropaganda darzustellen versucht. Die Wirtschaftskrise in den anderen kapitalistischen Ländern ist für die Werktätigen der BRD kein Grund zur Beruhigung, weil die BRD-Wirtschaft vom Export in diese Länder abhängig ist. Das Beispiel VW zeigt, welche Auswirkungen ein Rückgang des Exports hat. Bisher war die Integration der BRD in den kapitalistischen Weltmarkt mit einer Expansion des westdeutschen Kapitalismus verbunden und brachte den westdeutschen Arbeitern zwar unmittelbare, aber vorübergehende Vorteile. Die unausweichlichen Folgen dieses Prozesses werden erst jetzt deutlich, wo das kapitalistische System in die Krise gerät. Die Exporte sind gefährdet, weil die verbündeten kapitalistischen Länder keine gesicherten Märkte mehr sind. Damit werden die Konsequenzen, die mit dem Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft nach 1945 auf kapitalistischer Grundlage eintreten mußten, jetzt sichtbar, und damit auch die objektive Aufgabe, vor die die deutschen Arbeiter 1945 schon ge-

stellt waren: die Errichtung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung.

Apel machte den Versuch, das kapitalistische Wirtschaftssystem von der Verantwortung für die zunehmenden Krisenerscheinungen freizusprechen.

„Manchmal will man uns erzählen, daß unsere Schwierigkeiten ausschließlich das Ergebnis unserer Wirtschaftsordnung sind. Vorsicht! Diese Leute wollen uns Sand in die Augen streuen, oder aber sie wissen es nicht besser.“ Von dem augenblicklichen „Anpassungsprozeß“, den die Weltwirtschaft durchmache, seien auch die sozialistischen Staaten mit Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit betroffen.

Aus wirtschaftlichen Gründen müssen die sozialistischen Staaten die Preise für Rohstoffe den Weltmarktpreisen angleichen. Die Werktätigen in diesen Ländern müssen dies nicht mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes oder einem sinkenden Realeinkommen bezahlen. Tatsächlich blieben die Preise z. B. in der DDR trotz gestiegener Rohstoffpreise und verteuert Importe aus den kapitalistischen Ausland bisher stabil, aufgrund staatlicher Preissubventionen. Dabei haben die sozialistischen Staaten konstante Zuwachsraten und steigende Realeinkommen. Wo im sozialistischen Lager Arbeitslosigkeit existiert, liegen die Ursachen nicht in überschüssigen Waren und an modernen Produktionsmitteln, sondern im Mangel daran. Damit soll nicht gesagt werden, daß nicht noch erhebliche Schwierigkeiten in den sozialistischen Staaten zu überwinden sind, aber dort sind mit der Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft die gesellschaftlichen Voraussetzungen geschaffen für eine gesicherte Existenz der Werktätigen und die Überwindung bestehender Schwierigkeiten.

Bremen

In Bremen gab es zum 1. Mai 1975 von verschiedenen Organisationen verschiedene Kundgebungen: So veranstaltete die DKP am 30. April in Bremen-Gröpelingen (einem Stadtteil mit vorwiegend Arbeiterbevölkerung) einen Demonstrationszug und eine Kundgebung. Am 1. Mai selbst wurde in Bremen-Stadt vom DGB wie im Vorjahr nur eine zentrale Kundgebung durchgeführt, an die der KBW eine eigene Demonstration in die Neustadt mit Kundgebung anschloß. In Bremen-Nord dagegen beging der DGB wie in früheren Jahren den 1. Mai mit einer traditionellen Maidemonstration und einer abschließenden Kundgebung. Die Beibehaltung dieser Form der 1. Mai-Gestaltung ist u. a. Ausdruck der Tatsache, daß im Vorjahr die Vertrauenskörper der kampfstarken Belegschaften von Vulkan und Klöckner sich für ihre eigenen Forderungen auf ein gemeinsames Vorgehen auf dem 1. Mai einigten. Dem trug die Ortsverwaltung Rechnung.

Wenn Loderer in seinem Schlußwort die nicht organisierten Kollegen aufrief, den Gewerkschaften beizutreten, so ist das nur die eine Seite. Andererseits wird den noch Unorganisierten – die Maidrednerin und Betriebsrätin der gewerkschaftlichen Baugesellschaft Neue Heimat, die auf die Niederlage der SPD beim § 218 nicht einging, bezeichnete die Unorganisierten als „Schwarzfahrer“ – der Zugang versperrt, indem nur noch die Funktionäre in die gewerkschaftliche Diskussion und Entscheidung einbezogen werden. Dem „einfachen“ Gewerkschaftsmitglied verbleibt die regelmäßige Beitragszahlung. Basierten die Gewerkschaften früher auf der Initiative und Opferbereitschaft der Mitgliedschaft, so ist der Raum dafür heute beseitigt. Der Apparat sieht die Einsatzbereitschaft nicht mehr vor. Da, wo die Mitgliedschaft selbständig auftritt, kommt sie mit ihm in Konflikt, und er macht auch vor Ausschlüssen keinen Halt.

Am Ende des Mai-Aufrufes des DGB steht: „Der DGB steht ein für internationale Solidarität der Arbeitnehmer. Aus dieser internationalen Solidarität muß Hoffnung erwachsen. Hoffnung auf ein geeintes Europa, Hoffnung auf eine friedliche Welt.“ Es bleibt zu fragen, welche Hoffnungen die Arbeiter und Angestellten mit einem geeinten Europa verbinden sollen, solange nicht gesagt wird, auf welcher gesellschaftlicher Grundlage diese Einigung angestrebt wird, ein Europa in dem die Werktätigen über ihre Geschicke selbst bestimmen, oder eine Einigung Europas durch die herrschenden Klassen zur Niederhaltung der sozialen Revolution. Außerdem macht sich der Vorstand ungläubwürdig, wenn er einerseits zur Solidarität aufruft, andererseits aber mit Hinweisen auf die Statuten und Paragraphen Initiativen der Mitglieder zur Solidarität unterbindet, bzw. mit Stillschweigen übergeht.

Bremen-Nord

Die 1. Mai-Veranstaltung in Bremen-Nord war gekennzeichnet von dem Bemühen der Gewerkschaftsleitung, sich ihrer „Pflicht“ möglichst schnell zu entledigen, wobei ihr noch der Umstand zupaß kam, daß der vorjährige Kundgebungsplatz durch Schausteller für ein Frühlingsfest belegt war. Gegenüber den Vorjahren bog der Zug auf halber Strecke ab und endete auf einem Parkplatz zur abschließenden Kundgebung.

Während im letzten Jahr ein starker Block von Vulkan- und Klöcknerkollegen sich an der 1. Mai-Demonstration beteiligte, war in diesem Jahr – bedingt durch Betriebsprobleme und -konflikte wie Kurzarbeit und Auseinandersetzungen um die Betriebsratswahlen – das Interesse an der Vorbereitung und Organisation auf den 1. Mai hin in den Hintergrund getreten. Die linken Organisationen wie KBW, KPD usw. und die DKP waren im Vergleich zum Vorjahr schwächer vertreten.

Als einziger Redner nach der Eröffnung der Kundgebung durch den DGB-Sekretär für Bremen-Nord sprach der vormals IG-Metall-Ortsbevollmächtigte von Bremen und jetzige Arbeitssenator K. H. Jantzen. Er sprach vom 1. Mai als Tag der internationalen Solidarität und nahm dies zum Anlaß, die Industrienationen aufzufordern, in Anbetracht der Welternährungsprobleme mehr Menschlichkeit zu üben. Er forderte die Verteidigung des sozialen Rechtsstaats gegen seine Gegner von links und rechts, darin wisse sich die SPD einig mit den Gewerkschaften. Weiterhin strich er in seiner Rede die Maßnahmen der sozialliberalen Koalition zur Schaffung neuer Arbeitsplätze für die von Entlassung bedrohten Beschäftigten bei VW heraus. „Als die Borgward-Werke im Jahre 1961 vor dem Konkurs standen, haben wir in Bremen vergeblich auf die Hilfe der damaligen CDU-Bundesregierung gewartet“.

Schon während der Rede verließen von den 3000 Kundgebungsteilnehmern viele den Platz. Das war wohl Ausdruck davon, daß diese Rede keine Antwort auf die anstehenden Probleme in den Betrieben war.

Auffallend war die allgemein zurückhaltende Haltung gegenüber Agitation in Form von Flugblättern und Publikationen. Dies war auch anfänglich bei der Verteilung eines von Vulkan- und Klöckner-Kollegen getragenen Aufrufs für eine Solidaritätsversammlung für die kämpfenden Kollegen von Erwitte zu spüren. Die Kenntnis des Inhalts änderte aber die ablehnende Haltung, und es zeigte sich sogar Bereitschaft zum Spenden.

In Bremen-Stadt lag die Teilnehmerzahl an der Kundgebung bei 4000, in Bremen-Nord bei 3000. Im Vergleich mit den vergangenen Jahren ist eine ständig geringere Beteiligung der Kollegen am 1. Mai festzustellen. Dieses mangelnde Interesse an der 1. Mai-Veranstaltung ist z. T. auf den Charakter der Redebeiträge zurückzuführen. Außer einer wortstarken Abgrenzung nach links und Drohgebärden bzw. Appelle an die Unternehmer, ihre wirtschaftliche Macht nicht zu mißbrauchen, können die Spitzenvertreter der Gewerkschaften den Arbeitern nichts anbieten, als sie auf die sozialdemokratischen Regierungsversprechungen einzuschwören. Solche Sonntagsreden können sie allerdings so lange halten, wie die Arbeiter nicht ihre Interessen selber wahrnehmen und diese Interessen auch auf dem 1. Mai zum Ausdruck bringen. Somit zeigt die geringe Beteiligung, daß die Arbeiter zwar nicht mehr sehr viel von den Gewerkschaftsführungen erwarten, gleichzeitig aber auch, daß sie – mit wenigen Ausnahmen – noch nicht begonnen haben, für ihre Interessen zu kämpfen, daß sie also auf die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse noch keine eigene Antwort gefunden haben.

Die Veranstaltungen von DKP und KBW

Zum ersten Mal hat die DKP dieses Jahr eine eigene Mai-Demonstration und Kundgebung durchgeführt. Am 30. April folgten ca. 200 Teilnehmer dem Aufruf

der DKP. Redner waren H. Röpke, Betriebsratsvorsitzender der Klöckner-Hütte und M. Breidbach, Jugendvertreter bei Klöckner. Wenige ältere Kollegen waren unter den Kundgebungsteilnehmern, die Mehrzahl stellten die Jugend- und Studentenorganisationen der DKP. Für die Bewältigung des Problems der Jugendarbeitslosigkeit wurde vorgeschlagen, die betrieblichen Ausbildungsplätze in Bremen zu vermehren.

Diese Veranstaltung, die nicht einmal die eigenen Parteimitglieder vollständig zu aktivieren vermochte, ist vor dem Hintergrund der Beteiligung der DKP an den Bürgerschaftswahlen im Herbst zu sehen. Sie zeigte aber deutlich die Isolierung der DKP von den Arbeitern. Ihre Betriebsfunktionäre finden wegen ihrer Tätigkeit und ihres Einsatzes im Betrieb die Unterstützung der Kollegen. Die Arbeiter folgen aber nicht ihrer Parteipolitik. Auch der KBW, der im Anschluß an die DGB-Veranstaltungen eigene Kundgebungen durchführte, blieb weitgehend unter sich. Da er ebenfalls für die Bürgerschaft Kandidaten aufgestellt hat, versuchte er, z. B. in Bremen-Nord, seine Kundgebungen dafür zu nutzen, seine Teilnahme an den Wahlen zu begründen. Somit hatten diese Veranstaltungen, ebenso wie die der DKP, mehr den Charakter, ihre eigene Politik für die Arbeiter darzustellen als Ausdruck der Interessen der Arbeiter selbst zu sein.

Bremen-Stadt

In Bremen-Stadt fand die zentrale DGB-Kundgebung wie gewöhnlich auf dem Domshof statt. Offenbar hatte der DGB mit einer Störung der Kundgebung gerechnet, denn schon Tage vorher waren Warnungen zu hören gewesen: „Wer in diesem Jahr die Maikundgebung stört, muß mit dem unmißverständlichen Zorn der Arbeiter rechnen“ (Weser Kurier v. 3./4. Mai). Der DGB bereitete sich auf mögliche Störversuche vor, indem er frühzeitig den Platz um die Rednertribüne mit „gestandenen Gewerkschaftskollegen“ besetzte; die Kundgebung blieb

Erwitte

Der Kampf der Belegschaft der Zementfabrik Seibel & Söhne gab den politischen Inhalt des 1. Mai als „Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse“, wie er sonst in den letzten Jahren nur plakativ verkündet wurde, eine konkrete Bedeutung.

Für die Belegschaft von Seibel & Söhne bedeutete die Kundgebung von etwa 9000 Menschen¹, die vornehmlich aus dem westfälischen Raum gekommen waren – aus Dortmund mußten zusätzlich kurzfristig noch 3 Busse des Liniendienstes angemietet werden wegen der starken Beteiligung – den Höhepunkt ihres Kampfes besonders nach den Arbeitsgerichtsurteilen von Paderborn vom 30. 4.

¹ Nach dem Teil-Erfolg der Erwitter vor dem Arbeitsgericht gingen Nachrichten und Gerüchte um, daß die Veranstaltung abgesagt worden wäre, weil nicht mehr notwendig. Sicherlich hätte sich die Beteiligung ohne diese Gerüchte noch etwas erhöht.

jedoch ungestört. Während der DGB den ruhigen Verlauf als organisatorischen Erfolg in der Auseinandersetzung mit den Linken verbuchte, ist dieser vielmehr darauf zurückzuführen, daß der KBW sich von vornherein in seinen Reihen auf Nichtstörung festgelegt hatte.

Als Hauptredner traten der DGB-Vorsitzende von Bremen/Niedersachsen, Drescher, und die Vorsitzende des DGB-Kreisfrauenausschusses, Hartmann, auf. In den Redebeiträgen wurden die Gewerkschaften als Wahrer der freiheitlichen Grundordnung und der Grundrechte dargestellt, die sie gegen linke und rechte Angriffe verteidigen wollen. Die Redner verstanden die Gewerkschaften als Garanten des Sozialstaates und als Vorkämpfer für Demokratisierung und weitere Reformen.

Der DGB-Vorsitzende Bremen/Niedersachsen ging in seiner Rede von der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise aus. Er kritisierte, daß die Unternehmer die bereitgestellten Mittel zur Ankerbelung der Wirtschaft nicht ausnutzten und appellierte an sie, jetzt auch ihren Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten, nachdem die Gewerkschaften bereits mit maßvollen Tarifabschlüssen eine Vorleistung erbracht hätten. Dafür bot er den Unternehmern die gewerkschaftliche Hilfe an, indem er betonte, daß die Gewerkschaften bereit seien, „sich in der weiteren materiellen Verbesserung der Arbeitsbedingungen nach der Decke zu strecken, um mit dazu beizutragen, daß die Wirtschaft floriert.“

Starken Beifall gab es für die Erwitter Kollegen, die seit Wochen um ihren Arbeitsplatz im Zementwerk kämpfen. Der Redner hob ihren Kampf als beispielhafte gewerkschaftliche Aktion hervor. Während der Gewerkschaftssekretär nur von der Solidarität mit den Erwitter Kollegen sprach, wurden Aufrufe zu einer von Betriebskollegen, besonders von Vulkan und Klöckner, organisierten Solidaritätsveranstaltung verteilt und Spenden gesammelt.

1975, die von den Erwittern als eindeutiger Sieg gewertet wurden (siehe den Erwitte-Artikel in dieser Ausgabe der Arpo). In dieser Hochstimmung gingen die „Festredner“ kaum über den bisher Jahr für Jahr gepflegten Stil hinaus, im Gegenteil fielen die Erklärungen, wenn sie sich auf den Kampf von Seibel & Söhne bezogen, weit hinter das zurück, was in der Belegschaft diskutiert wurde. Neben reichlich allgemeinen und unverbindlichen Floskeln über Solidarität (der Vize der IG Chemie, Vitt, sparte wohlweislich die Problematik der Notlagenunterstützung und der damit verbundenen „Legalisierung“ des Streiks aus) diente die Beschränkung auf Angriffe auf die Person des Clemens Seibel eher der Vernebelung, zumal im Erwitter Raum schon längst die Bedeutung des „Manns im Hintergrund“, des Inhabers der benachbarten Zementfabrik Wittekind, klar war. Im Rahmenprogramm brachten Dietrich

Kittner und Franz-Josef Degenhardt Ausschnitte aus ihrem Repertoire, ein „Arbeiterdichter“ las aus seinen Werken kleine Gedichte mit Wortakrobatik zum Thema Kapital-Arbeit. Alle Darbietungen wurden wohlwollend aufgenommen. Sie hatten allerdings wenig konkreten Bezug zum Kampf der Erwitte. Die Gruppe Fasia Jansen trug Lieder vor, bei denen die Teilnehmer zum Mitsingen gebracht werden konnten (z. B. „Keiner schiebt uns weg“ nach der Melodie „We shall not be moved“). Schlußpunkt ihres Vortrags war ein Lied nach einem Gedicht, das in der Belegschaft während des Kampfes entstand: „Gedanken eines Streikpostens“.

Deutlich unterschied sich die Delegation der Uhrenfabriken LIP aus Besancon (siehe dazu Arpo 4/1973 und 3/1974) von anderen herbeigereisten Festrednern, daß sie aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen im (erfolgreichen) Kampf um ihre Arbeitsplätze (sicherlich unter anderen Umständen) den Kollegen von Seibel & Söhne ihre solidarischen Grüße überbrachten. Zum Schluß ihrer kurzen Rede übergaben die beiden LIP-Arbeiter dem Betriebsrat eine Armbanduhr aus eigener

Produktion, damit sie jeden Morgen nachsehen könnten. „wenn Clemens Seibel die Stunde geschlagen hat.“ Die Solidaritätsadresse der LIP-Arbeiter fand begeisterte Aufnahme bei den Kundgebungsteilnehmern und den Kollegen aus Erwitte. Jedoch muß auch gesagt werden, daß ihr Auftreten in maßgeblichen Kreisen der IG-Chemie-Spitze durchaus mit gemischten Gefühlen betrachtet wurde. Den LIP-Kollegen war es trotz fortgeschrittener Stunde gelungen, die volle Aufmerksamkeit der Zuhörer zu fesseln.

Nach ihnen trat eine aus Laien gebildete Songgruppe aus Paderborn mit einem Lied auf, das erst wenige Tage vorher entstanden war. Die Gruppe aus Paderborn entstand aus der engen Zusammenarbeit des Paderborner DGB-Solidaritätskomitees mit den Erwitte Kollegen, die sich gerade Tage zuvor in der Herstellung einer großen Öffentlichkeit während der Arbeitsgerichtsprozesse in Paderborn zeigte. Das Lied, das die Songgruppe vortrug, war Ausdruck des gemeinsamen Kampfes (der Text entstand zu Beginn der Besetzung unter den Kollegen und wurde in der „Streikstimme“ Nr. 1 abgedruckt), und wurde

besonders unter den Erwitte begeistert aufgenommen.

Die äußere Form der Veranstaltung unterschied sich nicht wesentlich von Maikundgebungen der letzten Jahre: durchweg waren die Teilnehmer sehr jung, sicher waren ein großer Teil Schüler und Studenten darunter. Die Belegschaft von Seibel & Söhne war wesentlich mit der Organisation der Veranstaltung beschäftigt (Verteilung der Streikstimme 3, Spendensammlung), die übrige Bevölkerung Erwitte war etwas an den Rand des Geschehens gedrängt.

Das zu solchen Anlässen übliche rote Fahnen- und Transparentenmeer, auf jeden Fall aber die sektiererischen Transparente einiger Gruppen, die glaubten, wieder Eigenwerbung treiben zu müssen, stießen in der Bevölkerung und bei Teilen der Belegschaft auf Unwillen. Teilweise deutete die zum größten Teil an der CDU orientierte Bevölkerung Erwitte die roten Fahnen als Werbung für die SPD angesichts der für den 4. Mai anstehenden Wahlen in NRW. Die bewußteren Kollegen von Seibel & Söhne konterten dann immer: „Die Fahnen der Arbeiterbewegung sind nun mal nicht gelb!“

Frankfurt

Rund 4 Wochen vor dem 1. Mai hatte der DGB Vertreter aus allen großen Frankfurter Betrieben ins Gewerkschaftshaus eingeladen. Die ca. 200 anwesenden Kollegen wurden händeringend gebeten, doch dafür zu sorgen, daß in diesem Jahr mehr gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Angestellte zur 1. Mai-Demonstration und Kundgebung kommen. Es mußte verhindert werden, daß zynische Vorwürfe von Seiten der Presse kommen; der DGB könne nicht seine Mitglieder organisieren und würde den Chaoten das Feld überlassen. Die recht hilflosen DGB-Appelle an die Mitglieder zeigten keine Wirkung.

Es kamen über 10 000 Menschen, die vom DGB erhofften Mitgliedermassen blieben jedoch aus. Der Demonstrationzug setzte sich aus Mitgliedern politischer Gruppen zusammen. Außerdem war der Anteil der jungen Arbeiter und Angestellten recht hoch. In Frankfurt hatten in den letzten Wochen mehrfach Veranstaltungen und Demonstrationen gegen die steigende Arbeitslosigkeit Jugendlicher stattgefunden. Viele von ihnen beteiligten sich nun auch an der Maidemonstration. Der Anteil der ausländischen Kollegen war stark gesunken. Bemerkenswert bleibt zusätzlich, daß der Block der ÖTV und der Deutsche Post Gewerkschaft (DPG), der sich – wie schon in den Jahren davor – gesondert gesammelt hatte, stärker geworden ist. Das von den Postlern seit 4 Jahren mitgeführte Transparent gegen Rationalisierung bei der Post wird nach und nach zum Ausdruck wirklicher Interessen der Kollegen im Öffentlichen Dienst.

Die Kundgebung verlief ohne Zwischenfälle, sieht man einmal ab von einigen wenigen Zwischenrufen z. B. der Falken: „Mitbestimmung hat kein Zweck,

das Kapital muß restlos weg“. So konnte die „Frankfurter Rundschau“ die Kundgebungsteilnehmer als „einig wie noch nie zuvor“ charakterisieren. Tatsächlich aber kümmerten sich die Kundgebungsteilnehmer kaum um die gewerkschaftlichen Maireden, sie unterhielten sich untereinander. Mit wenigen Ausnahmen begleiteten weder Mißfallens- noch Beifallsbekundungen die Reden. Die Gewerkschaftsredner ihrerseits – bis auf Jochen Richert, hessischer DGB-Vorsitzender – verzichteten im Gegensatz zum letzten Jahr auf massive Angriffe gegen die Linken. Zwar wurde die Mitbestimmung

wieder als Abgrenzungsmarke gegen links und rechts und als Kennzeichen des wahren Demokraten gepriesen, aber selbst der Radikalenerlaß wurde so behutsam kommentiert, daß man ohne Pfeifkonzerte über die Runden kam.

Am Anschluß an die offizielle Gewerkschaftskundgebung fand in der Nähe des Römerberges eine KBW-Kundgebung mit ca. 600 Teilnehmern statt. Im Mittelpunkt der Diskussion stand der Sieg der süd-vietnamesischen Befreiungsfront. Das Diskussions- und Kulturprogramm auf dem Römerberg am Nachmittag war nur schwach besucht.

Wuppertal

Im Gegensatz zu den Jahren 1973 und 1974, als die DGB-Kundgebungen im Opernhaus bzw. in der Stadthalle abgehalten wurden, entschloß sich der DGB-Kreis 1975, unter freiem Himmel eine Kundgebung zu veranstalten und diese sowie den Demonstrationzug auch selbst vorzubereiten. 1974 hatten die Einzelgewerkschaften (Abteilung Jugend) die Parolen, Spruchbänder etc. größtenteils selber formuliert bzw. angefertigt. 1975, als der DGB die Sache „in die Hand nahm“, waren sowohl qualitative als auch quantitative Mängel festzustellen. Auch die Publikationen waren miserabel. Hier beschränkte man sich im Zuge allgemeiner Sparmaßnahmen auf ein Universalplakat, auf welchem eine gesicherte Zukunft und starke Gewerkschaften gefordert wurden.

So versammelten sich am 1. Mai vor dem Geburtshaus von Friedrich Engels ca. 600 Personen, die dann die ausgehandelte Route zum Kundgebungsplatz „abspazierten“. Denn auch hier erwies es sich als Reinfall, dem DGB die Alleinor-

ganisation übertragen zu haben: Der „Demo-Marsch“ dauerte etwa 20 Minuten, die Strecke vom Friedrich-Engels-Haus bis zum Kundgebungsplatz betrug etwa 800–1000 m!!! Zu allem Überfließ ging dem Zug eine Blaskapelle voran, die alte deutsche Volkslieder spielte, so daß gemeinsame Sprechchöre der Demonstranten ausgeschlossen waren.

Die offiziellen Parolen forderten dazu auf, die SPD als „Arbeitnehmerpartei“ zu wählen, da ja Landtagswahlen vor der Tür standen.

Die Kundgebung verlief dem Vorausgegangenen entsprechend. DGB-Kreisvorstandsmitglied Heino Ahr, IG Bergbau-Mitglied Friedel Schütt und natürlich SPD-Oberbürgermeister Gottfried Gurland forderten im wesentlichen dazu auf, sich bei den Landtagswahlen richtig zu entscheiden. Vor nun etwa 2000 Personen konnte dann z. B. G. Gurland einen „großen Wuppertaler ehren“: Ferdinand Lassalle, und die Möglichkeit einer „Lassallestraße“ ausbreiten.

Einzig ein KJA-Mitglied des DGB forderte, gestützt auf die Jugendarbeitslosenzahlen, endlich ein Berufsbildungsgesetz zu verabschieden bzw. zu erkämpfen, das den Interessen der Auszubildenden gerecht wird. So konnte dann auch die bürgerliche Presse Wuppertals wohlwollend von einer ruhigen Kundgebung berichten, „die lediglich von einigen angereisten Radikalen mit roten Fahnen und radikalen Forderungen gestört wurde“.

Salzgitter

Wie immer in den vergangenen Jahren fand auch diesmal in Salzgitter eine vom DGB organisierte 1. Mai-Demonstration statt. Die Teilnehmerzahl belief sich auf ca. 3000 Kolleginnen und Kollegen.

Die Beiträge von Vertretern des DGB und der IG Metall befaßten sich mit der Sicherung der Arbeitsplätze, der Mitbestimmung, der Krise bei VW und mit der Stellung der Frau in der BRD. Die Mitbestimmung wurde hier herausgestellt als ein Instrument für die „Arbeitnehmer“, mit dem Krisen zu meistern und Entlassungen zu verhindern seien. Eine Mitbestimmungsregelung solle nicht hinter der geltenden Montanmitbestimmung zurückbleiben.

Zu VW wurde gesagt, daß die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat in der Minderheit seien und trotzdem von ihnen verlangt werde, eine Entscheidung der Anteilseigner mitzuverantworten, an der sie nicht gleichgewichtig mitwirken konnten. Es stellt sich die Frage, welche Möglichkeiten die Gewerkschaften denn gehabt hätten, wären sie paritätisch im Aufsichtsrat vertreten. Hätte das ausgereicht, die Entlassungen zu verhindern? Hat die Mitbestimmung überhaupt Einfluß auf den Verlauf kapitalistischer Wirtschaftskrisen, die Ursache sind für Arbeitslosigkeit?

Obwohl sich die augenblickliche Wirtschaftskrise gerade in Salzgitter stärker auswirkt als in vielen anderen Regionen der BRD (Entlassungen bei VW, ca. 7 % Arbeitslose) liefen Demonstration und Kundgebung ruhig ab. Die Gewerkschaftsvertreter konnten ohne auf Widerspruch bei den Arbeitern zu stoßen, ihre Reden halten.

Türkische Kollegen bildeten einen eigenen Block. Auf Spruchtafeln, die sie mit sich führten, z. T. in deutsch und türkisch beschriftet, spiegelten sich ihre augenblicklichen Probleme und Ängste wider. Dort wurde u. a. gefordert, daß der Verlust des Arbeitsplatzes nicht auch den Verlust des oft konzerneigenen Wohnheimplatzes nach sich ziehen darf; es wurde auch gegen die Ausländerdiskriminierung protestiert. Dem Sprechchor: „Für die internationale Solidarität“, der von Linken, die im Zug mitmarschierten, gerufen wurde, zollten die Türken klatschenden Beifall, deutsche Kollegen nicht. Der KBW machte im Anschluß an die DGB-Kundgebung noch den Versuch einer eigenen Kundgebung, was aber bei dem Versuch blieb, da er so gut wie keine Interesse fand.

München

Die Vorbereitungen zum 1. Mai liefen bei uns ähnlich ab wie ein Jahr zuvor.

Allerdings wurde es diesmal noch deutlicher, daß der DGB den 1. Mai zum Anlaß nimmt, um einen Riesenwirbel um die eigene Organisation zu machen. Die schlechte wirtschaftliche Situation in der BRD wird zum Anlaß genommen, um neue Mitglieder zu werben und Beitragserhöhungen zu rechtfertigen. Auf Betriebsversammlungen, Gewerkschaftsveranstaltungen und besonders zum 1. Mai wurde laut verkündet, daß gerade in schlechten Zeiten die Gewerkschaften wichtiger denn je sind.

Vertrauensleute, Betriebsräte, Jugendvertreter und einige wenige Mitglieder ohne Funktion schwärmten aus, um den Kollegen die Maifahrt ins Grüne auszureden und sie zur DGB-Kundgebung auf den Königsplatz zu locken. Es wurden 1.-Mai-Plaketten und Forderungen wie „für sichere Arbeitsplätze“, „Mitbestimmung“, „gegen Lohnsenkung“ und „für Berufsbildungsreform“ in die Betriebe getragen.

Was die Kollegen davon hielten, drückte sich durch ihr Fernbleiben von der DGB-Kundgebung aus. Der Polizeibericht sprach von 8000 Teilnehmern, die Presse meldete Zahlen zwischen 6000 (BILD) und 12 000 (Süddeutsche Zeitung). Durch die DGB-Brille betrachtet waren es allerdings 50 000 (!) Zuhörer, wie es uns der DGB-Sprecher in seiner Begrüßungsrede freudig mitteilte. Die Kundgebung selbst war wie schon seit Jahren sagenhaft langweilig. Nach der Begrüßung wiesen die Redner – für alle, die es noch nicht wußten – auf die wirtschaftliche Misere hin.

Der Schuldige stehe ganz rechts, nämlich die mächtigen Riesenkonzerne und Monopole, die durch Fehlplanung und Profitgier die Krise herbeiführten. Gleichzeitig wurde auf die arbeiterfeindliche Haltung der Konzerne hingewiesen, die sich noch immer gegen die Mitbestimmung aussprächen. (Nach dem Motto: Mit Gewerkschaften im Aufsichtsrat wäre das nicht passiert). Da man gerade auf die Rechten geschimpft hatte, folgte sogleich die Abgrenzung gegen einige „Bürgersöhnchen“, die hier mit Gewalt, das von uns (= DGB) erreichte kaputt machen wollten. Nach dieser Abgrenzung gegen links und rechts kam dann das feierliche Hoch auf die SPD und ihre kluge Politik. Dank der Sozialdemokraten und nicht zuletzt der aktiven Gewerkschaften befänden wir uns in der glücklichen Lage, das Schlußlicht aller Industrienationen zu sein, die von der Krise betroffen seien. Natürlich wolle man nichts beschönigen, eine Million Arbeitslose seien eben kein Pappentier. Was zu tun ist, rief der DGB-Sprecher zum Schluß seiner Rede aus: „Stärkt die Gewerkschaften, die einzige Arbeiterorga-

nisation, die sich ehrlich und selbstlos für die Interessen der Bevölkerung einsetzt.“

Offener als ihre Kollegen von DGB waren dann Oberbürgermeister Kronawitter (SPD) und Minister Matthöfer. Sie plädierten ohne weitere Beschönigung für Klassenharmonie und riefen auf zum Kampf: Mit der Losung „einer für alle, alle für einen“ werden wir es schaffen. (Fragt sich bloß was).

Außer den Gewerkschaftern, der SPD-Prominenz und einigen Arbeitern waren natürlich alle Linken, Halblinken usw. vertreten. Während der ganzen Kundgebung verteilten sie ihre Flugblätter und Zeitungen und ließen mit ihren Agitationsreden den Leuten keine Ruhe.

Während der Arbeiterbund (früher ABG) in der DGB-Demonstration mitmarschierte, veranstalteten KPD und KPD/ML am Nachmittag eine gemeinsame Demonstration. Ob sie mangels Masse abgesagt wurde oder tatsächlich stattfand, weiß eigentlich niemand so recht.

Aber eins weiß jetzt jeder: Selbst in der heutigen schlechten wirtschaftlichen Lage lockt man – auch mit noch soviel Wirbel und Rummel – keinen Arbeiter auf die Straße.

Darmstadt

Wie bereits im Vorjahr, so lehnte auch diesmal der DGB-Kreisvorstand in Darmstadt es ab, zum 1. Mai eine Kundgebung unter freiem Himmel zu veranstalten und eine Demonstration durchzuführen. (S. Beilage zur Arpo Nr. 3/1974) Vertrauensleuteversammlungen und Vertrauenskörperleitungen aus der chemischen und der Druckindustrie sowie aus dem Organisationsbereich der GEW hatten auch in diesem Jahr entsprechende Anträge an den DGB-Kreisvorstand gestellt. Als Reaktion auf die Ablehnung des DGB-Kreisvorstandes, zu einer Demonstration aufzurufen, kam bei einer Vertrauensleuteversammlung der Kollegen der Firma Merck der Beschluß zustande, in einem Demonstrationszug vom Gewerkschaftshaus zum Ort der Kundgebung, der Bessunger Turnhalle, zu ziehen. Der Verwaltungsstellenvorstand der IG Chemie unterstützte den Beschluß der Vertrauensleute. Es wurden Kontakte zu Kollegen aus anderen Betrieben und anderen Gewerkschaften aufgenommen, und diese erklärten sich bereit, die Demonstration zu unterstützen. Doch die IG-Chemie-Verwaltungsstelle zog ihren Demonstrationsbeschluß wieder zurück, nachdem der DGB-Kreisvorstand, Perresin, erklärt hatte, daß der im DGB-Kreisvorstand gefaßte Beschluß ausschließe, daß dennoch eine Einzelgewerkschaft eine Demonstration durchführe.

Trotzdem fanden sich am 1. Mai um neun Uhr etwa achtzig Kollegen vor dem

Hannover

Gewerkschaftshaus in der Rheinstraße ein, um wenigstens gemeinsam auf dem Bürgersteig zur Bessunger Turnhalle zu ziehen. Als prominente Redner waren angekündigt Vera Rüdiger, Staatssekretärin im Hessischen Kultusministerium, und Egon Schäfer, Bezirksleiter der IG-Chemie in Hessen. Außerdem sprachen ein Mitglied des Kreisjugendausschusses, eine Betriebsrätin aus der Druckindustrie und für die ausländischen Kollegen Efthimios Ioannidis, Betriebsrat in der Firma Merck.

Vera Rüdiger und Egon Schäfer gaben ihr Bestes, um die kapitalistische Gesellschaftsordnung gegen ihre Kritiker zu verteidigen. Zwar wiesen sie auf die unübersehbaren Krisenerscheinungen des Kapitalismus in der Bundesrepublik hin, aber dies nur, um an die Arbeiter zu appellieren, die Reformpolitik der sozialdemokratischen Politiker weiterhin zu unterstützen. Beifall erhielten Rüdiger und Schäfer nur von einer kleinen Gruppe im Saal, die sich um den Darmstädter Bürgermeister Sabais geschaart hatte.

Demgegenüber stellten die nachfolgende Sprecherin der Frauen und der Vertreter der ausländischen Kollegen deutlich heraus, daß sich der Kampf der Arbeiter gegen die kapitalistische Grundlage dieser Gesellschaft richten muß. Insbesondere wies der Kollege Ioannidis darauf hin, daß sich bislang keiner der politisch Verantwortlichen in Darmstadt (Darmstadt ist dieses Jahr Trägerin des Europa-Preises.) bereit gefunden hat, öffentlich gegen häufig sichtbare Schmierereien an den Häuserwänden wie „Ausländer raus!“ Stellung zu nehmen. Unter dem lang anhaltenden Beifall der Mehrheit der Anwesenden erklärte er, daß sich durch Abschieben der ausländischen Kollegen die Krise des Kapitalismus nicht lösen läßt. Beide Redner, sowohl Maria Becker als auch Efthimios Ioannidis, gaben mit ihren Worten dem Ausdruck, was die meisten im Saal dachten und wurden häufig durch Beifall unterbrochen.

Unmittelbar nach dem letzten Redebeitrag schloß der DGB-Kreisvorsitzende die Veranstaltung. Vor der Bessunger Turnhalle formierten sich daraufhin zwei Demonstrationzüge in jeweils entgegengesetzter Richtung: Einmal ein Zug aus Jungsozialisten, dem sich die Spartacus-Gruppe und vereinzelt sozialdemokratische Betriebsräte anschlossen, zum anderen ein Zug aus Mitgliedern des KBW, dem sich ausländische und deutsche Kollegen aus verschiedenen Darmstädter Betrieben anschlossen, die nicht mit den Jungsozialisten laufen wollten, die aber eine Demonstration für wichtig hielten. Ein Versuch, eine gemeinsame 1. Mai-Demonstration zustande zu bringen, war gescheitert an der Weigerung der Jungsozialisten, die mit ihrer eigenen Demonstration ausdrücken wollten, daß sie sich von den sogenannten „K-Gruppen“ distanzieren. Dieses Verhalten steht in offensichtlichem Widerspruch zu den verbalen Einigkeitssparolen der Vera Rüdiger und des Egon Schäfer, die dies im Saale offenbar für angebracht hielten.

Im Bundesdurchschnitt ging die Arbeitslosigkeit während der Monate März und April gering zurück (4,9 Prozent auf 4,7 Prozent) – in Hannover nahm sie in derselben Zeit weiter zu (April ca. 18 000 Arbeitslose d. i. ca. 5,2 Prozent). Ursachen waren u. a.:

- rapider Abbau der Hannoverschen Druck- und Verlagsgesellschaft und der Neuen Hannoverschen Presse
- Einstellung des Eisenwerks Wülfel bis Ende Juni 1975 (von 1200 sollen 950 entlassen werden, 1968 waren es noch 1800 Kollegen).

Besonders im Metall-Bereich steht eine Fortsetzung der Massenentlassungen bevor bei:

- Kabelmetal (Mitte 1974 waren es ca. 11 900 Kollegen, z. Z. sind es ca. 11 300)
- Vereinigte Alu-Werke VAW (Mitte 1973 waren es ca. 2300, Dezember 1974 waren es nur noch 1850 Kollegen, geplant sind weitere 400 Entlassungen)
- VW (bis einschließlich 1976 sind 3900 Entlassungen geplant, davon bis Ende 1975 1700 Entlassungen)

Die Gewerkschaftsleitung mußte in dieser Situation mit gewachsenem Interesse an der Mai-Veranstaltung rechnen.

Vor dem 1. Mai verteilte der SPD-Unterbezirk Hannover-Stadt eine »Mai-Zeitung« an alle Haushaltungen. Führende Hannoveraner SPD-Politiker und Gewerkschaftler wiesen darin auf ihre Leistungen hin – DGB, DAG und SPD-Präsidium stellten in drei Mai-Aufrufen ihre Forderungen. Im hinteren Teil der Zeitung, zwischen Anzeigen, erschien ein halbseitiger Aufruf zur Teilnahme an der Maikundgebung des DGB. In dem Aufruf waren 5 verschiedene Sammelpunkte für jeweils bestimmte Gewerkschaften bekanntgegeben, das Programm und die Rednerliste. Zur Demonstration von Arbeiter-Interessen während des Marsches zum Kundgebungsort wurde in dem Aufruf nicht aufgefordert.

Dieser Marsch, der in Hannover traditioneller Bestandteil der Mai-Veranstaltung ist, wurde in den letzten Jahren wieder deutlicher zur Demonstration genutzt, nach einigen Jahren musikalischen Mai-Umzugs (Feier im Saal hat es in Hannover nicht gegeben).

In diesem Jahr sind nicht sehr viel weniger Leute mitmarschiert, als anschließend zur Kundgebung versammelt waren. Die Teilnehmerzahl dort wurde von der Polizei auf über 5000 geschätzt.

Zu Beginn der Kundgebung wies der Leiter auf eine Sammlung für die Kollegen in Erwitte hin und forderte zur Solidarität auf, da auch in der Region Hannover bald Zement-Arbeitsplätze bedroht sein können (z. Z. sind da Besitzveränderungen im Gange). Die Zuhörer reagierten mit starkem Beifall, großer

Spendenbereitschaft und Interesse an dem verteilten Informationsblatt. Oberbürgermeister Schmalstieg (SPD) wurde vor seinem belanglosen Grußwort von vielen – hauptsächlich jungen Leuten – mit Pfiffen begrüßt. Er hatte im April den einschüchternden Einsatz der Polizei bei Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr gedeckt und gesagt, man müsse als Demonstrant damit rechnen, mit der gelegentlich gesundheitsschädigenden Tränengaspistole „Chemische Keule“ traktiert zu werden. Hauptredner waren Klaus Wagner (1. Bevollmächtigter der IG-Metall-Verwaltungsstelle Hannover) – er schlug vor den Kollegen kämpferische Töne an –, Lina Körber (Vorsitzende des DGB-Kreis-Frauenausschusses) und Friedrich Theilmann (DGB-Kreisvorsitzender). Sie betonten die Notwendigkeit starker Gewerkschaften gerade in Hannover, grenzten sich gegen CDU/CSU ab und sprachen über Mitbestimmung, § 218, Frauenlöhne. Konkret forderten die Redner die Aufnahme der Stadt Hannover in das Sonderprogramm der Bundesregierung zur Förderung der Neuschaffung von Arbeitsplätzen in den von VW-Entlassungen betroffenen Regionen. Den Beschluß darüber erwarteten sie mit Optimismus – am nächsten Tag, dem 2. Mai, wurde die Subvention für Hannover allerdings vom Planungsausschuß Bund-Länder abgelehnt.

Die linken Gruppen traten während der Veranstaltung nicht deutlich einzeln in Erscheinung. Der „oppositionelle Block“ der KPD ist bei der Fülle auf dem Platz nicht erkennbar gewesen. Nur an den Transparenten waren die Gruppen halbwegs auszumachen. Auch Zwischenrufe von daher kamen diesmal seltener. Am Schluß der Kundgebung marschierten ein KPD-Trupp von ca. 150 Leuten und ein KBW-Trupp von ca. 300 Leuten in unterschiedliche Richtungen davon. Nur die KPD-ML war der DGB-Veranstaltung wieder ferngeblieben: in Hannover-Limmer mit ca. 150 Mann, davon etwa 1/3 Türken.

Mehrere Ausländergruppen hielten nach der DGB-Kundgebung selbständig kleine Ansprachen. Vorher hatten sich einige von ihnen in Flugblättern um die Solidarität ihrer deutschen Kollegen bemüht – der DGB bot in diesem Jahr, wo er sich um die Arbeitsplätze der Deutschen sorgt, keinen Sprecher mehr für die Ausländer auf.

Die Gesamtbeteiligung an der Kundgebung in Hannover war nur etwas größer als im letzten Jahr, aber der Anteil der Studenten ist zurückgegangen – entsprechend mehr Kollegen aus den Betrieben waren versammelt. Viele von ihnen wenden sich aufgrund ihrer akuten Sorgen den Gewerkschaften zu, in der Hoffnung, da wirkungsvolle Unterstützung zu finden.

Die meisten achten aufmerksamer auf die Reden als in den letzten Jahren. Wenn sie sich auch aufs Zuhören beschränkten, ist ihre Aufmerksamkeit zusammen mit der Sympathie für die Aktion in Erwite ein Zeichen, daß sich die Kollegen zunehmend selbständig Gedanken über die Bewältigung ihrer Probleme machen. Auch die IG-Metall mußte kämpferischer wirken, was das bestätigt. Mehr Kollegen als früher fanden es notwendig, auf ihre Lage öffentlich aufmerksam zu machen und das auch mit Forderungen vor der Gewerkschaftsführung zu verbinden. Dazu gehörten z. B.:

- die Demonstration einiger VW-Kollegen als Sargträger
- die Informationsschrift über das „Sterben der Hannoverschen Presse“, herausgegeben von Angehörigen des SPD-Betriebes
- Transparente gegen Fahrpreiserhöhungen von einzelnen Firmenbelegenschaften und von der Gewerkschaft HBV-Hannover.



West-Berlin

Mit knapper Mehrheit beschloß der DGB-Vorstand die Durchführung einer Kundgebung zum 1. Mai, um die Straße nicht den „Chaoten“ zu überlassen. Mobilisiert wurde aber in den Betrieben kaum. Die meisten Einzelgewerkschaften beschlossen, gemeinsam zum Kundgebungsplatz vor dem Schöneberger Rathaus zu marschieren. Es bildeten sich 4 Demonstrationzüge. Zwar waren insgesamt etwa 30 000 erschienen, aber die meisten davon waren keine Arbeiter.¹ Bei den Blocks der Einzelgewerkschaften sah es so aus: die Post-Gewerkschaft marschierte mit einigen hundert, meist jüngeren Kollegen. Der Jugendausschuß hatte eine eigene Mai-Zeitung zustandegebracht. Die kleine Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten (NGG) konnte als Erfolg verbuchen, daß etwa 150 gekommen waren. Die IG Metall als größte Gewerkschaft, bildete im Verhältnis zur Zahl ihrer Mitglieder nur ein kleines Häuflein, meist Funktionäre.

Auffallend war, daß offensichtlich Kollegen, die noch im Vorjahr gekommen waren, diesmal wegblieben. (Z. B. waren von Waggon-Union, Osram und Fritz Werner im letzten Jahr jeweils etwa 30 Kollegen da.) Einige Betriebsräte eines Großbetriebs kamen nur, um nachzuschauen, ob Kollegen aus ihrem Betrieb da waren. Als sie außer Linken nichts ausmachen konnten, marschierten sie in die nächste Kneipe.

Der ÖTV-Zug war in Blocks der einzelnen Abteilungen aufgegliedert. Mit Ausnahme einer Gruppe aus den West-Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) waren nur wenige Kollegen bei den Blocks der Abteilungen erschienen. Von den anderen Einzelgewerkschaften war bis auf die IG Druck und Papier und die Gewerkschaft

Erziehung und Wissenschaften (GEW) kaum etwas zu sehen. Bei der IG Druck und Papier hatte der Landesvorstand beschlossen, keinen Demonstrationblock zu bilden, weil man sich angeblich mit einer Handvoll Kollegen nicht lächerlich machen wollte. (Hingegen hatte der Landesvorstand zu den Bezirksvorstandswahlen im Januar und zu den Delegiertenwahlen für den Landesbezirkstag im Februar, als es darum ging, dem Vorstand genehme Mehrheiten zu schaffen, jeweils 600–700 Kollegen – meist von Springer – mobilisieren können.)

Zwei Wochen vor dem 1. Mai traf sich eine Gruppe von etwa 40 IG Druck und Papier-Kollegen, um anstelle des Vorstands zu handeln und doch noch einen Block zustandezubringen. Auf einem Flugblatt wurde zur Demonstration aufgerufen; etwa 200–250 Kollegen fanden sich ein. Beim Sammelplatz des Vorstandes auf dem Kundgebungsgelände standen dann noch einmal ungefähr 100 Kollegen. Im Gewühl kam keine Verbindung und Diskussion zwischen ihnen zustande.

Der Zug der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften (GEW) stellte den größten Block mit über 10 000. Ausländergruppen schlossen sich an, weil sie sich dort am sichersten fühlten. Den Großteil des Zuges stellten Studentengruppen und Unorganisierte. Im wesentlichen hatten die Linken sich selbst mobilisiert. Auch die wachsende Zahl nicht-eingestellter Lehrer (Planstellenverknappung) und die geplante Arbeitszeitverlängerung, die zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führen, haben die die Lehrer nicht zu mobilisieren vermocht.

Die Kundgebung glich von Anfang an einem Zirkus: Mit Trillerpfeifen und Geschrei versuchten die meisten linken

Demonstranten, die Redner am Sprechen zu hindern. Nach einigen Betriebsräten aus West-Berliner Großbetrieben, die sich teilweise recht wortradikal äußerten, sprach zum Schluß der DGB-Vorsitzende Sickert. Durchgehend war so gut wie nichts bei dem Gebrüll zu verstehen. Das Resultat: Kollegen, die zu Anfang sauer über die offizielle Lautsprechermusik („Wien und der Wein“) und auf Sickert nicht gut zu sprechen waren, klatschten demonstrativ Beifall bei dessen Rede.

Schon während des Demonstrationzuges hatte es bei vielen Kollegen berechtigtes Mißtrauen erregt, als von Zeit zu Zeit sich Linke vom Straßenrand her zwischen die Reihen schoben und flugs ihre Transparente entrollten. Als der Zug der ÖTV auf dem Kundgebungsplatz einrückte – vorneweg mit der Parole: „Radikale, raus aus dem öffentlichen Dienst!“ – kam es sogar zu einer kurzen handfesten Auseinandersetzung zwischen Linken und der Spitze des Zuges. Es zeigte sich deutlich, wie das politisch falsche Verhalten der Linken die wenigen Kollegen, die überhaupt gekommen waren, wieder in die Arme der DGB-Führung trieb. Während die SEW gelernt hat und ihre Mitglieder aufforderte, bei den Einzelgewerkschaften mitzumarschieren, wurde mit der Bildung „roter Blocks“ von den meisten anderen linken Gruppierungen die Spaltung zwischen aktiven Kollegen und den Linken nur vertieft. Sickert kündigte bereits am Tag nach der Kundgebung an, daß man im nächsten Jahr im Saal feiern werde und die Veranstaltung über Rundfunk und Fernsehen übertragen werden könne, „weil so Millionen Zuschauer daran teilnehmen können.“ Positiv ist dagegen der Beschluß der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft auch im nächsten Jahr für eine Straßendemonstration einzutreten.

¹ Für den Nachmittag des 1. Mai riefen KPD, KPD/ML u. a. zu einer eigenen „roten“ Demonstration auf. Etwa 2000 waren unter sich.

Bericht von einer HBV-Veranstaltung

Mitglieder der HBV erhielten eine Einladung zu einer Informationsveranstaltung des DGB-Landesbezirks Nordmark am 15. Februar 1975 zu dem Thema: „Betriebsklima und Leistungsmotivation“. Man hatte nach der Raumgröße für etwa 120 Personen mit regerem Zustrom gerechnet. Es kamen etwa 40 Betriebsräte und Angestellte.

Der Referent, Personalleiter eines Mitbestimmungsbetriebes, des Salzgitter-Konzerns, trug das Gedicht „Lob der Faulheit“ vor, um den Unterschied zu Fleiß und Leistung hervorzuheben. Gerade in diesen Krisenzeiten zählen die Fleißigen, die Leistungsfähigen. Die anderen, die dann als Antwort ihren Arbeitsplatz verlieren, sind eben die Faulen, die Bummelanten.

Damit aber eben die „richtigen“ Leute entlassen werden, dafür müssen die Betriebsräte lernen, das BetrVG anzuwenden, es muß gerade jetzt genutzt werden. Es enthält – nach den Aussagen des Referenten – viele, zur Zeit noch ungenutzte Möglichkeiten, um Einfluß zu nehmen auf die Willkürmaßnahmen eines Unternehmers, z. B. das Widerspruchsrecht bei Entlassungen oder das Mittel der Stellenbeschreibung und ausschreibung, um freiwerdende Posten innerhalb des Betriebs zu besetzen. Der Inhalt der ganzen Rede ließ bald den Schluß zu: wenn alle Paragraphen des BetrVG nur richtig angewendet werden, ist kein Unternehmer mehr Herr im Haus; wird er nicht in die Schranken verwiesen, wird das BetrVG eben nicht ausgeschöpft.

Ähnlichen Aussagen auf Gewerkschaftsveranstaltungen wurde bisher wenig von seiten der Betriebsräte oder Angestellten widersprochen, man ging zurück in den Betrieb mit den GSe-danken: „Also wollen wir das BetrVG anwenden, dann läuft es schon.“

Diesmal wurde der Referent bereits während seines Vortrags unterbrochen, in der Regel ist eine Diskussion erst nach dem Vortrag vorgesehen. Es kamen Wortmeldungen wie: „Wenn der Unternehmer jemanden nicht will, wird er ihn entlassen, auch mit BetrVG, wir können ihn doch in Wirklichkeit gar nicht hindern!“ Als Beispiel wurde eine Neueinstellung genannt, um die sich eine schwerbeschädigte Kollegin aus dem Betrieb beworben hatte mit Unterstützung des Betriebsrates, trotzdem wurde diese Stelle von außen mit einer jungen Angestellten besetzt – der BR konnte nichts machen, er wurde vor die vollendete Tatsache gestellt.

„Das ganze ist doch Papier, das ist geduldet, aber was hilft uns ein geschriebenes Gesetz, wenn wir es doch nicht anwenden können“, wurde Kritik geäußert. Diesem Satz widersprachen Gewerkschaftssekretäre und Referent heftig, sie schoben die Kritik auf die unfähigen Betriebsräte, die nicht bereit seien zu lernen und das Gesetz auch wirklich anzuwenden, viel zu oft müßten die Gewerkschaftssekretäre noch mit Rat und Tat zur Seite stehen. Aus dem Hin und Her, wer nun schuld sei, drangen doch die Stimmen durch, die meinten: „Die vielen Möglichkeiten des BetrVG, die ihr uns preist, stimmen nicht, auch gegen Entlassungen können wir im Grunde nichts machen.“

Der Referent nannte als große Hilfe die Mitbestimmung, die politisch nur von der SPD durchgesetzt werden könne, darum muß die SPD unterstützt werden. Die paritätische Mitbestimmung, im Salzgitter-Konzern bereits praktiziert und angewandt, werde in den kleinen Betrieben das bewirken, was das BetrVG bisher nicht geschafft hat. Der Eindruck auf der Versammlung war, daß die bisherigen

Erfahrungen der Kollegen gegen diese Behauptung sprechen.

Anmerkung der Redaktion:

Die heute von der SPD und Gewerkschaftsführung geforderte paritätische Mitbestimmung und die Mitbestimmung, wie sie ursprünglich in der Hütte Salzgitter entstanden ist, unterscheiden sich ganz wesentlich: In Salzgitter mußten nach dem Zweiten Weltkrieg die Arbeiter die Erhaltung der Hüttenwerke als wirtschaftliche Existenzgrundlage der ganzen Region in ihre eigenen Hände nehmen. Der Kampf für die Sicherung der Lohnzahlungen in der ersten Nachkriegszeit, aber vor allem der gegen die Demontage hatte eine so starke Stellung der Salzgitter-Arbeiter zur Folge, daß die Geschäftsleitung in sozialen und wichtigen unternehmenspolitischen Entscheidungen nicht mehr an den Arbeiterfunktionären vorbei konnte. Die Salzgitter-Arbeiter haben sich ihre Rechte genommen, die sie anschließend auch offiziell per Betriebsvereinbarung zugesprochen bekamen. Diese Mitbestimmung war Ausdruck der Tatsache, daß die Arbeiter damals entscheidend auf das Schicksal des Unternehmens Einfluß genommen haben, diesen Kampf aber auf Grund der damaligen Besetzung Deutschlands zusammen mit allen deutschen Arbeiter nicht weiterentwickeln konnten. Heute ist dieser Einfluß durch den fehlenden Druck der Arbeiter nicht mehr vorhanden.

Ganz anders die heutige Forderung nach paritätischer Mitbestimmung von der SPD und Gewerkschaftsführung. Sie entspringt dem Bestreben der SPD, ihren bürokratischen Einfluß auf Betriebe und Arbeiter durch Schaffung neuer Ausschüsse und Posten abzusichern. Begehrlich, daß das Interesse der Arbeiter an solchen Gesetzen nicht groß ist!

Zeitungen und Broschüren der Gruppe Arbeiterpolitik

können bestellt werden bei: Margret Kuhlmann, 2800 Bremen, Postfach 1641
